

Widerspruch fanden, heißen nun: „1) Aller Lebensverband hört hiermit auf. 2) Die Errichtung neuer Familiensideicommissen, Majorate, Seniorate und Minorate ist untersagt. 3) Bestehende Stiftungen die- ser Art sind aufgehoben. 4) Sind mit einer solchen Stiftung noch an- dere Wohlthätigkeitsanstalten verbunden, so sind dieselben bei der Auf- hebung der Stiftung zu entschädigen. 5) Die Art und Weise sowie die Bedingungen der Auflösung des Lehverbandes und der Familien- sideicommissen u. dergl., wie auch die Entschädigung, werden in einem besonderen Gesetze geregelt.“ In der heutigen Sitzung schritt man in- sonderem über die Beschlüsse fort, auf deren Revision angetra- gen worden war. Es waren dies ferner: 1) der Beschluß wegen der Erb- folge in den Herzogthümern. Nach einiger Debatte wurde dem An- trage der die Revision verlangenden 15 Mitglieder und dem Wunsche des Ministeriums gemäß aus dem früher angenommenen Satze (§. 3) die Bestimmung: daß die Nachfolge nur im Mannstamme des Her- zogthums Anhalt erblich sein solle, ebenso wie der früher vom Mini- sterium selbst beantragte und angenommene Zusatz: so weit die beste- henden Verträge nicht mit den Bestimmungen der gegenwärtigen Ver- fassung in Widerspruch stehen, in Wegfall gebracht und somit die ur- sprüngliche Fassung des §. 3 wieder ziemlich hergestellt. 2) Der Be- schluß wegen des unbeschränkten Rechtes der Auswanderung. Nachdem man sich allgemein darüber verständigt hatte, daß durch das „unbe- schränkte“ Auswanderungsrecht die Erfüllung civilrechtlicher Verbind- lichkeiten und die Vollziehung richterlicher Untersuchungen nicht gesch- ähliche gemacht werden könne, beschloß man die in Frankfurt be- liebte Fassung: „Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt,“ auch für unsere Verfassung anzunehmen. Das Ver- bot der Abzugsgelder hielt man jedoch für unnöthig. (M. 3.)

Metmold, 27. Oct. Nach Mittheilungen, welche von Frankfurt hierher gelangt sind, soll dort in einflussreichen Kreisen jetzt wirklich der Plan gefaßt sein, die kleinern deutschen Länder außer den anhalti- schen Herzogthümern, welche in den preussischen Gebieten, die man nicht vergrößern will, liegen, den mittlern deutschen Staaten einzuverleiben und namentlich unser Land an Hannover oder Hessen zu vergeben. Das hat natürlich bei der Regierung große Sensation verursacht, und nach- dem dieselbe die Behörden des Landes davon in Kenntniß gesetzt, hat sich auch in letztern die größte Aufregung verbreitet. Gegen eine solche Vereinigung zeigt sich überall die entschiedenste Abneigung, es herrscht eine Bewegung, als wenn ein feindliches Heer im Anzuge wäre, überall Volksversammlungen, überall Protestationen und Adressen. Hunderte von Bauern haben sich schon bereit erklärt, sich aufzumachen und selbst in Person Protestationen nach Frankfurt bringen zu wollen. Bei alle Dem glaubt man noch immer, daß der obenbezeichnete Plan von selbst schon bei der Reichsversammlung großen Widerstand und wenigstens nicht die Zustim- mung der Mehrheit finden wird. Durch die Aufhebung der kleinen Staaten wird die deutsche Reichseinheit in der That wenig gefördert, diese un- schuldigen Theile, die sich der Reichsorganisation willig in Allem fügen, sind wahrlich kein Hinderniß, vielmehr sind sie im Gegentheil ein Bin- dungsmittel für die größern Theile. Wenn in einzelnen von ihnen auch Anarchie geherrscht hat, so ist dies doch in den größern Staaten und deren Hauptstädten in weit höherm Grade der Fall gewesen, es sind in jenen die großen Erscheinungen in diesen eigentlich nur nachge- macht und würden fortan solche Bewegungen in jenen durch die Maß- regeln der Reichsgewalt leicht erstickt werden. Die Gerechtigkeit und politische Einsicht der hohen Reichsversammlung steht zu hoch, als daß sie ihr großes Werk der Einheit durch solche unnöthige Gewalt Schritte zu Gunsten einiger Großen (um dieselben vielleicht zu versöhnen und willig zu machen) entheiligen sollte.

Preußen.

Berlin, 28. Oct. Nachdem in der heutigen Sitzung der Na- tionalversammlung ein abweichendes Votum der Abgg. Tamnau, Kühnemann, Hofer, Rosanowski, Feyerabend, Hartmann u. A. ver- lesen war, worin dieselben erklären, daß die durch den Zusatzantrag des Abg. Phillips (zu Art. 1 der Verfassung) den Posenern gewähr- leiteten Rechte nicht in diesen von der Begrenzung des preussischen Staatsgebiets handelnden Artikel gehörten, daß diese Rechte in Anse- hung der polnischen Bewohner des Großherzogthums zwar unbezweifel- lich seien, aber eben so unzweifelhaft auch die Rechte der deutschen Be- völkerung in Gemäßheit der von dem frankfurter Parlamente gefaßten Beschlüsse gewahrt werden müssen, begann die Wahl des Präsidenten. Während der Stimmzettelzählung wird ein Antrag des Abg. Plath: „Auch diejenigen Witschriften, welche von der Abtheilung «ohne Vor- behalt» zur Verweisung an die Ministerien empfohlen wurden, sogleich an letztere abzugeben,“ fast einstimmig angenommen. Auf einen Antrag des Abg. Kämpf und Bucher: „Die Versammlung wolle beschließen: den Kriegsminister aufzufodern, der Versammlung schleunigst genaue und förmliche Mittheilungen über die Stärke der gegenwärtig in der Pro- vinz Brandenburg im Allgemeinen und der Stadt Berlin insbesondere vorhandenen Truppen, über die Gattung derselben und die von ihnen

bezogenen Cantonnements zu machen,“ erwiderte der Ministerpräsident: In unserm Programm haben wir unsere Pflicht anerkannt, den Wün- schen der Versammlung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, wenn mir auch in diesem Falle, wie ich gestehen muß, dieses Eingehen in Details nicht ganz parlamentarisch zu sein scheint. Was zunächst die Stärke der Truppen betrifft, so ist dieselbe in dem gegenwärtigen Au- genblicke nicht genau anzugeben, weil die Rekrutenaushebung soeben stattfand und außerdem Bewegungen der Truppen nach Guben, Lieg- nitz, Görlitz, wo die Ordnung gestört wurde, angeordnet sind. Daß am 22. Sept. Bewegungen nach Berlin zu stattfanden, lag, wie ich offen erklärte, in der damals vorhandenen Gährung. Uebrigens erkläre ich, daß die Truppen keinen andern Zweck haben, als Ordnung und Gesez zu schützen. Der Abg. Kämpf zieht hierauf seinen Antrag mit Zustimmung des Kriegsministers bis zum 3. Nov. zurück. Abg. Rätzke erklärt in Ansehung seines Kreises (Braundenburg), daß dort die Trup- pen sehr gern aufgenommen seien, wogegen Abg. Waldeck mittheilt, er habe eine Zuschrift des constitutionellen Vereins in Graudenz erhalten, woraus das Gegentheil hervorgehe; ebenso habe sich ein Einwohner von Charlottenburg, der Justizrath Detring, beschwert.

Der Abg. Raul erstattet hierauf Bericht für die Petitionscommis- sion über die Eingabe des Gutsherrn Günther zu Langenbielau in Schlesien, betreffend die Niederschlagung einer wider diesen eingeleiteten Untersuchung wegen Tumults und Dienstvergehen mehrerer Beamten. Die Versammlung verweist auf Antrag der Commission die Petition an den Minister des Innern, um sofort eine Untersuchung zu veran- lassen und über das Resultat der Versammlung Bericht zu erstatten. Eine schleunige Interpellation der Abgg. Lemme und Lisiecki an den Ministerpräsidenten, „welche Schritte das Ministerium gethan zur Aus- führung der am 25. Oct. mit großer Mehrheit niedergelegten Erklä- rung, daß es Pflicht des Ministeriums, die Sanction für das Jagd- gesez zu vermitteln,“ wird mit 178 gegen 163 Stimmen verworfen und der verlangte Namensaufruf als unzulässig abgewiesen. Das nun ver- kündete Ergebnis der Präsidentenwahl ist, daß Abg. v. Unruh mit 177 Stimmen zum Präsidenten erwählt ist. Abg. Phillips hatte 170 Stim- men. Nach einer Dankagung des neuen Präsidenten schreitet man zur Wahl des vierten Vicepräsidenten. Während der Zählung wird die Interpellation der Abgg. Feyerabend und Richter (Ausschließung der Bewohner östlicher Provinzen von der Colonisation parcellirter Do- mainen, Nr. 297) eingeleitet.

Abg. Feyerabend: Die Regierung habe die Colonisation der Do- mainen im Kreise Konig einem auswärtigen Agenten übertragen, wel- cher seinerseits wieder nur hessische und württembergische Landwirthe herbeizog. Dadurch werde den Armen wenig geholfen. Die Regierung scheine aber auf einheimische Ansiedler Rücksicht nehmen zu wollen, und möchte er deshalb um Auskunft bitten. Diese Auskunft ertheilt Fi- nanzminister v. Bonin in Folgendem: Bereits 1845 hatte die Staatsver- waltung ihre Aufmerksamkeit auf die aus Süddeutschland nach über- seeischen Ländern gerichtete Auswanderung gerichtet. Viele tüchtige Kräfte gingen dadurch verloren. Sie glaubte, dieser Auswanderung eine andere Richtung geben zu müssen, als sich ihr die Nothwendigkeit bot, eine bessere Bebauung der Domainalgrundstücke in den östlichen Provinzen eintreten zu lassen. Inzwischen hat die Regierung erkannt, daß die Verbesserung der Domainen auf andere Weise zu erreichen sei, ist deshalb von dem Colonisationsplan, für den sie einen süddeutschen Agenten zu gewinnen wußte, zurückgekommen und versucht, die Colo- nisation jetzt auf dem Wege freier Concurrenz zu bewirken. Das Ver- hältniß mit dem Agenten konnte nur allmählig gelöst werden. Sie wer- den sich überzeugen, daß die Betheiligung der Inassen im eignen In- teresse der Regierung liegt. Daß übrigens die Veräußerung der Do- mainen nicht überall nach Parzellen erfolgen kann, werden Sie aner- kennen. Die Bewohner der östlichen Provinzen werden dabei in keiner Weise ausgeschlossen werden. Hierauf wird das Ergebnis der Zählung der Stimmzettel zur Wahl des vierten Vicepräsidenten kundgemacht, und es ergibt sich daraus die Wahl des Abg. Waldeck mit 177 Stimmen als absoluter Mehrheit.

Berlin, 28. Oct. Die neueste Ministerkrisis hat eine eigen- thümliche Gestalt. Die Minister nehmen noch immer ihren Sitz in der Kammer ein, und bis jetzt fehlt es noch an jeglicher amtlichen Mitthei- lung über die Erledigung der Portefeuilles. Im Publicum ist man jetzt ziemlich allgemein geneigt, zu glauben, Hr. v. Pfuel habe sich zur Wiederannahme bestimmen lassen. Wir sind jedoch im Stande, aufs bestimmteste zu versichern, daß dies nicht der Fall ist. Vielmehr sind verschiedene Unterhandlungen wegen Ersetzung des Hrn. v. Pfuel und des Hrn. Risler eingeleitet. Unter Andern ist der commandirende General v. Weyrach aus Frankfurt a. d. O. zur Uebernahme des Vor- sitzes im Cabinet und gleichzeitiger Leitung der Geschäfte des Kriegs- departements hierher berufen. — Die Beratungen der hiesigen Ein- ten mit Oppositionsmitgliedern anderer constituirenden Versammlun- gen Deutschlands haben gestern Abend begonnen. Die Zahl der bis jetzt eingetroffenen Mitglieder ist nur gering. Bis gestern betrug dieselbe